

Vollere Tapezierer u. Portefeuille-Journing

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint alle acht Tage
Abonnement bei allen Postämtern.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b III
Fernsprecher: Amt Marienplatz Nr. 2120

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin, Wallstraße 6.
Postkontonummer der Bank: Berlin 3397.

Der Gewerkschaftskongress in Breslau.

II.
Auch Anträge zur Jugend- und Lehrlingsfrage werden von verschiedenen Antragstellern in längerer Formulierungen dem Kongress unterbreitet. Die Jugendberziehung und Gewinnung der Jugend ist zweifellos für die Erfüllung unserer Zukunftsziele die allerwichtigste Aufgabe, und wir würden es freudig begrüßen, wenn es dem Gewerkschaftskongress gelänge, gerade bezüglich der Jugendfrage eine gute Grundlage zu schaffen, auf welcher diesem Ziele nahekommen ist. Was freilich in den gestellten Anträgen verlangt wird, dürfte schwierig in vollem Umfange verwirklicht werden können. Die Schutzmacher von Weisensfeld und die Metallarbeiter aus Halle zeichnen sich besonders darin aus. Es soll bei jedem größeren Ortsausflug des DGB ein Jugendsekretär angestellt werden. Verlangt werden ermäßigte Eintritts- und Mitgliederbeiträge für Jugendliche und volle Gleichberechtigung bezüglich der Vertretung zu allen Körperschaften. Gleichgültig wird aber auch die Schaffung von Jugendkassen gefordert, ebenso Wiedererrichtung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen. In den Jugendparteiungen sollen auch die politischen proletarischen Jugendorganisationen und die Arbeiterparteivereine durch stimmberedigte Delegierte vertreten sein. Schließlich sollen die Gewerkschaften verpflichtet sein, bei allen Lohnverhandlungen und Tarifabschlüssen die Forderungen der Jugend mitaufzustellen. Die Metallarbeiter Berlin fordern Errichtung eines Reichsausschusses und gewerkschaftlicher Jugendheime, ein Beschäftigungsgesetz und ein Gesetz nach erhöhtem Schutz der Jugendlichen. Vieles ist verlangt auch der Metallarbeiterverband Leipzig in anderer Formulierung.

Dann soll der Kongress veranlassen, daß die Großkaufmannschaft deutscher Konsumgenossenschaften aus den Vereinigungen von Arbeitgeberverbänden austritt. Andererseits sollen die Gewerkschaften mit den Konsumgenossenschaften eine gemeinsame Front schaffen, die das Eindringen in den Produktionsprozeß seitens der Arbeiter beschleunigen hilft. In dieser Beziehung sei bisher nicht genügend getan worden, deshalb soll eine besondere Kommission gewählt werden, die nach dieser Richtung hin tätig ist und in kurzen Abständen darüber Bericht erstattet.

Hierzu wird vom Befeldungsarbeiter-Verband Pulsnitz i. S. in einem Antrag begründend gesagt: „Der Gewerkschaftskongress ist davon überzeugt, daß man politische Positionen nur halten kann, wenn wirtschaftlich die Vorbedingungen dazu geschaffen sind. Das Schwergewicht für allen Fortschritt liegt in der Wirtschaft. Nur wer über tatsächliche wirtschaftliche Macht verfügt, stellt einen bestimmenden Faktor im Leben dar. Wirtschaftliche Macht im bestimmenden Sinne hat aber nur der an der Wirtschaft aktiv Beteiligte. Hierzu haben die Gewerkschaften und Genossenschaften den Boden vorzubereiten.“

Es wird dazu weiter bemerkt, daß von Seiten der Gewerkschaften auf diesem Gebiete viel zu wenig getan worden ist. Es ist das auch durchaus richtig, weil erfahrungsgemäß die Menschen in dieser Beziehung wenig Energie entfalten. Sie hängen ihr Augenmerk lieber an Ideale, die ihnen als Zukunftsbilder vor Augen geführt werden, und vernachlässigen darüber das Jundächstliegende und Nützlichste. Wir sind freilich schon jetzt davon überzeugt, daß durch einen Kongressbeschluss das Interesse wohl momentan an dieser wichtigen Frage etwas aufgerüttelt und belebt werden wird, daß wir aber auf diesem Gebiete nur dann rascher vorwärts kommen werden, wenn sich die Arbeiterkraft energisch bemüht, Propaganda für den Anschluß an die Gewerkschaft und Genossenschaft zu treiben. Alle diese Anträge sollen beim zweiten Punkt der Tagesordnung „Vorstandsbericht“ Erledigung finden. Man wird zugeben, daß dies eine sehr schwierige Sache werden kann, weil über diese Frage in den Gewerkschaftstreffen noch sehr viel Unklarheit herrscht.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung „Die Sozialgesetzgebung in Deutschland“ sind zwar nicht so

viele Anträge gestellt, doch sind diese ebenfalls wichtig genug, um hier kurz gestreift zu werden. Vor allem wird der Bundesvorstand beauftragt, dahin tätig zu sein, daß die gesamte Sozialversicherung einheitlich organisiert wird. Das wäre sehr zu begrüßen, denn diese Forderung wird schon seit langer Zeit erhoben, ohne jedoch wesentlichen Erfolg zu bringen. Zur Sozialversicherung gehört vor allem die Kranken-, die Arbeitslosen-, die Invaliden- und Altersversicherung. Heute versichert die Verwaltung dieser Sozialversicherungszweige, die doch getrennt erfolgt, einen beträchtlichen Teil der Einnahmen aus Beiträgen und Zuschüssen. Dabei müssen die Unterstützungssätze völlig unzureichend belassen werden. Das trifft die Kranken-, die Arbeitslosen und die Rentner gleich hart. Durch eine Vereinheitlichung dieser Sozialgesetze könnte sicher vieles besser gemacht werden. Zu den Sozialgesetzen gehören ferner das Unfallversicherungsgesetz und die verschiedenen Schutzgesetze für die Beschäftigung an Maschinen und in sonstigen gesundheitsgefährlichen Betrieben, weiter die Beschäftigung von Frauen, Schwangeren und Kindern betreffend. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress wurde dem Bundesvorstand bereits ein Antrag überwiesen, in dem gefordert wurde: dem Reichstag solle ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, in welchem die Arbeiterkassen durch Reichsgesetz geregelt werden. Auch sollte verlangt werden, daß die jährliche Ferienzeit mindestens 14 Tage und in gesundheitsgefährlichen Betrieben 4 Wochen bei Fortzahlung des Lohnes betrage. Ferner soll dahin gewirkt werden, daß allen Arbeitern und Arbeiterinnen über 65 Jahre eine Pension gezahlt wird.

Zu diesem Punkte gehört auch das Problem des Achtstundentages und seine Wiederherstellung in allen Betrieben. Ferner die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens, in einer Form, die es unmöglich macht, daß der Achtstundentag von Unternehmern nach Gefallen durchlöcher werden kann. Noch immer ist die Frage ungeklärt, ob das gesamte deutsche Volk erst noch zu einem Entschluß über die Frage des Achtstundentages und seine endgültige Anerkennung durch die Regierung aufgerufen werden muß.

Die Gewerkschaften sind seit geraumer Zeit am Werke, um die hierzu erforderlichen Propagandamittel rechtzeitig zusammenzubringen. Es hat allerdings auch bei dieser Frage mandymal den Anschein, als wenn viele Gewerkschaftsmitglieder nicht das erforderliche Interesse an dieser Frage haben. Das ist sehr zu bedauern und wir können nicht oft genug darauf hinweisen, wie bedauerlich und gefährlich diese Gleichgültigkeit für den Erfolg unserer Bestrebungen im allgemeinen sein muß.

Ueber den Punkt 4, die Organisationsfrage, haben wir uns bereits verbreitet und auch kurz die hierzu beantragten Satzungsänderungen des Gewerkschaftsbundes angeführt. Außer den vom Bundesvorstand beantragten Satzungsänderungen, welche die weitere Zusammenschließung der Berufsorganisationen zu größeren Industrieverbänden den hierfür in Betracht kommenden zur freien Entscheidung stellt, liegt ein umfangreicher Antrag Dismann und 16 Genossen vor, welcher die bestehende Organisation in 14 Industriegruppenverbände zusammenfassen will. Wie schon bemerkt, würden einzelne Berufsgruppen wie die Sattler und Tapezierer zum Beispiel, die zum Teil in Handwerks-, zum Teil in Fabrikbetrieben beschäftigt sind, dadurch völlig auseinandergerissen werden. Es gibt aber auch wieder Anträge, die den Einheitsverband fordern, so daß dann nur noch eine Organisation bestehen würde, die in jeder Stadt eine Zweigstelle hat. Es erübrigt sich wohl, darüber etwas zu sagen, da für diese Ansichten nach unserem Dafürhalten kein Boden vorhanden ist.

Wir wollen hoffen, daß der Gewerkschaftskongress in der Organisationsfrage einen glücklichen Weg findet, welcher die soziale, gesunde Weiterentwicklung der deutschen freien Gewerkschaften zu einem Machtfaktor gewährleistet. Man hat zwar gesagt, Larnow wolle eine PreSSION ausüben mit dem Hinweis, daß, wenn Dismann seine Absicht (gestützt auf die Mitgliederzahl der großen Verbände) ohne Rücksicht auf

die Interessen der übrigen durchsetzt, die Gefahr der Spaltung des Bundes droht. Ist diese PreSSION aber seitens der Befürworter der starren Industrieorganisation nicht ungleich schädlicher vorhanden?

Welche verwickelte und gefährliche Situation ist doch durch diese Meinungsverschiedenheiten in der freien Gewerkschaftsbewegung geschaffen worden! Für den objektiven Beobachter drängt sich die Einspinnung auf, als wenn man von Seiten der Befürworter der starren Industrieorganisation noch immer der überkaditalen Strömung zuviel Rechnung zu tragen sucht. Das scheint in diesem Stadium sehr falsch zu sein, denn die deutschen Gewerkschaften brauchen jetzt nichts dringender als Geschlossenheit, Stärke und Macht. Es wäre deshalb schade um Zeit und Kraft, wenn in Breslau der Richtungsstreit um die Dismannschen und Larnowschen Organisationsformen zuviel der kostbaren Zeit in Anspruch nehmen würden.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat in den letzten Jahren sehr oft Veranlassung genommen, die Macht der Gewerkschaften gegenüber reaktionärem Vorgehen des Unternehmertums und der von ihm gebrängten Regierungen aufzuzeigen. Zum aktiven Einsatz dieser Macht ist es noch nicht gekommen, so sehr auch von kommunistischer Seite dazu gebrängt worden ist und weiter gebrängt werden wird.

Schließlich muß aber doch damit gerechnet werden, daß Situationen kommen können, in welchen es unbedingt notwendig ist, die ganze Kraft und Macht der Gewerkschaften einzusetzen, um zu verhindern, daß die Reaktionäre die notwendige Entwicklung nach rückwärts dirigieren, statt nach vorwärts.

Auf die Dauer ist es nicht möglich, dies dadurch zu unterbinden, indem Vertretungen und Delegationen bei den Behörden vorfellig werden und auf die entstehenden Folgen hinweisen. Es kann schon der Fall eintreten, daß damit keine Beachtung erzielt und die Rechte und Interessen der Bevölkerung trotz aller Vorstellungen auf das schwerste geschädigt werden. Dann muß die ganze Macht der geschlossenen Organisation aufgeboten werden, um das Schlimmste abzuwenden.

Diese Geschlossenheit muß also nicht nur ungeschwächt erhalten werden, nein, sie muß noch viel besser und wichtiger gestaltet werden. Im gegenwärtigen Zustand der Dinge ist das die Hauptaufgabe der Breslauer Tagung.

Dieses Ziel im Auge, muß es gelingen, die schwebenden Fragen und Differenzpunkte in solidarischem gegenseitigem Entgegenkommen zweckentsprechend zu ordnen. Dabei ist es doch für erfahrene und geschulte Gewerkschaftler selbstverständlich, daß die bereits vorhandenen bewährten Einrichtungen organisch weiter verbessert werden müssen. Das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften hat sich schon in den letzten Jahren mächtig verbreitert, das wird der Bericht des Bundesvorstandes so manchem beweisen, der gar nicht beachtet, was der DGB eigentlich getan hat.

Wollen die Gewerkschaften wirklich größeren Einfluß gewinnen auf den Gang und die Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsorganisation mit allem Drum und Dran — Innen- und Außenpolitik, Gesetzgebung — kurz auf allen Gebieten, die unsere Existenz und unser Leben berühren, dann gilt es, die Bundesorganisation neu zu stärken und weiter auszubauen.

Vor diesem Ziel müssen alle kleinen Dinge zurücksinken. Hoffentlich wird der Breslauer Kongress zu einer neuen Etappe, zu weiterer Machtgestaltung der freien Gewerkschaftsbewegung.

Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Vom 20. bis 23. Juli tagte in Brüssel der alle drei Jahre stattfindende Kongress. Unser Verband, der der Union gleichfalls angeschlossen ist (Tapezierer) wurde durch Kollegen Gerhardt vertreten. Sekretär Woudenberg eröffnete den Kongress und wies auf die Bedeutung derselben hin. Dann be-

größte der Vertreter der belgischen Gewerkschaften De Waermynt, der die Bedeutung der belgischen Bewegung hervorhebt, sowie Kollege Hauwaert, Vorsitzender der belgischen Holzarbeiter, den Kongress-Brown vom IGB, wies auf die Bedeutung der Statistik für die Gewerkschaften hin und sprach sich für den weiteren Ausbau derselben aus. Als Vorsitzende wurden Tarnow-Deutschland und Hauwaert-Belgien gewählt. Die schriftlichen Arbeiten erledigte der Angestellte der U. G. Schuil. Als Gäste waren anwesend de Rooze vom Internationalen Arbeitsamt, vom Verband der United Brotherhood of Carpenters and Joiners der Vereinigten Staaten Hutchison, Bates, Gould, Dr. H. Abbas, A. Kocif, F. Wendel erledigten die Uebersetzungen.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, beschloß der Kongress einstimmig eine Sympathieumgebung für die Streitenden aller Länder. Aus dem Mandatsprüfungsbericht ist zu entnehmen, daß 42 Delegierte, die 21 Organisationen aus 14 Ländern vertreten, anwesend sind. Finnland, Jugoslawien, Lugemburg, Bulgarien, der Böttcherverband Deutschlands und die Bildhauerorganisation Ungarns waren nicht vertreten.

Aus dem Bericht, der gedruckt vorliegt, den Wouenberg ergänzte, ist zu entnehmen, daß in den Jahren 1922, 23 und 24 für die Holzarbeiter wie für die gesamte Arbeiterbewegung die Lage äußerst schwierig war. Die Wirtschaftstriebe und die damit verbundene Arbeitslosigkeit wuchs sich zu einem erschreckenden Umfange aus.

Politische Verwicklungen internationaler Art riefen überall ernste wirtschaftliche Siedrungen hervor, die gleichfalls lähmend auf die Gewerkschaften fast aller Länder wirkten. Absichtlich gepflegter Völkerverhaß und Mißverständnisse haben die Fühlungnahme und Zusammenarbeit der Völker bedeutend erschwert. Diese Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung haben die Aktionskraft der Verbände sehr erheblich geschwächt. Verzweiflung, Verlust des Selbstvertrauens haben dazu geführt, daß oft ganz verfehlte Mittel ergriffen wurden, zum Schaden der Bewegung. Auch die der Internationalen Holzarbeiterunion angeschlossenen Verbände litten darunter. Es kann jedoch festgestellt werden, daß die Krise — wenn auch noch nicht überwunden — der Konsolidierung Platz macht. So ist es gelungen, den Schwierigkeiten zu steuern. Und im Kampf um den Achtstundentag haben die Holzarbeiter bedeutende Siege errungen und sich als bewährte Vorhut der proletarischen Armee behauptet. Wenn der Kampf auch nicht überall vom gleichen Erfolg gekrönt war und nicht alle Verbände die Krise überstanden, so ist doch festzustellen, daß es wieder vorwärts geht. Der internationale Verkehr der Verbände untereinander und mit dem Sekretär hat erfreuliche Fortschritte gemacht.

Der Rückgang an Mitgliedern (822 193 Ende 1922 gegenüber 923 779 Ende 1924) erklärt sich aus den bereits angeführten allgemeinen Verhältnissen und aus den besonderen Umständen der einzelnen Länder, die anzuführen wegen Raummangel nicht angeht.

Hinsichtlich der Tätigkeit waren es Schwierigkeiten finanzieller Art, verursacht durch die Inflation, welche bekanntlich die deutschen Verbände besonders stark schädigte. Als diese überwunden, da war es der Deutsche Holzarbeiterverband, der die Sache der U. G. finanzierte. Auch der kleine holländische Verband hat oft in schwierigen Verhältnissen über den Weg. Aus Mangel an Mitteln konnte das „Bulletin“ nicht

regelmäßig erscheinen, diese Schwierigkeiten sind in letzter Zeit behoben. Mit allen Verbänden, die für die U. G. in Betracht kommen, wurde Fühlung genommen. Wenn auch praktisch ein Erfolg nicht zu buchen ist, so ist doch ein Fortschritt unverkennbar. Wouenberg betonte, das Exekutivkomitee der U. G. habe es sich zur Pflicht gemacht, die Austräge und Beschlüsse des Wiener Kongresses durchzuführen. Leider war das bei den Vorständen einzelner angeschlossener Verbände nicht möglich. Dem Exekutivkomitee gehörte Gossip der Vorwurf zu machen, gegen Beschlüsse des Wiener Kongresses verstoßen zu haben. Der Kongress wird sich darüber klar aussprechen müssen. In einem von Wouenberg ergänzten Bericht wurde die Finanzlage und die Verteilung der eingegangenen Gelder dargestellt. In der Diskussion wurde von den verschiedenen Rednern hinsichtlich der Finanzen betont, daß diese besser den Verhältnissen angepaßt und gegebenenfalls die Beiträge erhöht werden müssen.

Reichmann-Schwiz wünscht bessere Maßnahmen über Lohn und Arbeitszeit. Er vertritt den Standpunkt, daß es erlaubt sein müsse, mit allen Verbänden Fühlung zu nehmen und erklärt sich solidarisch mit dem Vorgehen Gossips.

Groß-Oesterreich schildert die trostlose Lage der dortigen Arbeiterschaft, 25 Proz. sind arbeitslos. Mit den Arbeiten des Exekutivkomitees sind sie einverstanden. Peteresen-Dänemark (Sägernerarbeiter) tritt für unbedingte Einhaltung der Beschlüsse der U. G. ein und verurteilt das Sympathisieren Gossips mit den Gegnern der Amsterdamer Internationale, zumal er noch Mitglied der Exekutive ist.

Tomstin-England verweist darauf, daß Gossip im Auftrage seines Vorstandes gehandelt hätte, aber daß sie sich im Sinne Mostaus treiben lassen, müsse er zurückweisen. Ihnen sei es tatsächlich um die Einigkeit zu tun. Peteresen-Dänemark (Tischlerverband) dankt für die Hilfe in ihrem großen Abwehrkampf. Statt Lohnreduzierung sei Lohn-erhöhung die Folge gewesen. Hauwaert-Belgien steht für den Bericht ein. Es hätte manches anders sein können, aber es lag in den Verhältnissen begründet. Hätte man die Russen in die U. G. aufgenommen, so wäre dies gleich einer Schwächung. Er verweist auf die große Hilfe bei den Unterstützungaktionen in Deutschland und Stan- dardien; tritt außerdem für die Schaffung eines nationalen Exekutivamtes ein und erucht, diese Frage in den nächsten Jahren zu diskutieren. Dahn, der für die deutsche Delegation sprach, ist mit der Tätigkeit der Exekutive und des Sekretärs einverstanden. Auch er müsse Gossip den Vorwurf machen, daß er sich als Vorpann für die kommunistische Sache habe gebrauchen lassen. Mitglied kann nur sein, wer streng auf den Boden der Amsterdamer Internationale stehe. Das sei unser Programm. Das gleiche müsse er gegen Reichmann sagen. Der U. G. könne nicht angehören, wer zugleich Mitglied bei der Roten Gewerkschaftsinternationale sei, wie es bei den Russen der Fall ist. Jeder Verband sei uns willkommen, wenn er das Statut und den Geist der Amsterdamer Richtlinien anerkennt. (Beifall.) Poland-Norwegen sagt, die politische Zugehörigkeit dürfe nicht ausschlaggebend bei dem Zusammenschluß der Verbände sein. So könne der Wiener Beschluß nicht ausgelegt werden, daß man mit anderen Verbänden keine Fühlung nehmen solle. Gossip-England: Die Anklage von Wouenberg müsse er zurückweisen, er

sei, wie schon gesagt, als der Beauftragte seines Landes nach Rußland und Frankreich gegangen. Sei er zu alt geworden, um sich von irgendeiner Beeinflussung zu lassen. Aber er werde immer für die Einigkeit wirken. Er habe kein Geheimnis über sein eigenes Vorgehen gemacht und die betannten Gewerkschaften anderer Länder davon unterrichtet und Bericht gegeben. Er müsse sich gegen Wouenberg wehren, weil die Angaben im Bulletin nicht stimmten. Barron-England betont, daß die sprachliche Verschiedenheit viel dazu beitrage, oft nicht vorhandene Differenzen zu schaffen. Gossip hat Wouenberg falsch verstanden. Nicht das macht man dem zum Vorwurf, daß er Fühlung suchte, sondern sein Verhalten als Mitglied des Exekutivkomitees. Horowiz-Ungarn ist gegen die bolschewistische Taktik und schildert die Zustände in Ungarn, die gegen sprechen. Dvorio-Italien überbringt eine Grüße und verweist auf den harten Kampf, den dort zu bestehen haben. Chiron-Frankreich billigt den Bericht und verweist darauf, daß die U. G. in Frankreich war, man ihn von der Gegenseite zu agitatorischen Zwecken für die Kommunisten ausgenutzt habe. In Frankreich haben die Arbeiter durch die Zerrissenheit der Arbeiter den großen Nutzen. Wenn es so weiter gehe, reich die Kraft nicht mehr aus, sich dagegen zu wehren. Die weiteren sprechen noch Svensson-Schweden, der für die Arbeiter des Exekutivkomitees eintritt.

Im Schlusswort legt Wouenberg nochmals die Gründe dar, die gegen Gossip nicht von ihm, sondern vom Exekutivkomitee angeführt und von ihm gesprochen. Gossip habe sich in der Tat als Vorkämpfer der Mostauer Rd. gebrauchen lassen und die Ziele von Sinowjew an, die die wahren Abflieger der Roten Internationale erkennen lassen. Die laut propagierte „Einheitsfront“ ist nur Taktik. Eigentlich ist es, daß Reichmann für den Zusammenschluß mit den Russen eintritt und in seinem eigenen Verband selbst das Gegenteil tun muß, um die Querelle der, die von der Gegenseite getrieben wird, zu unterbinden.

Die Abstimmung über den Geschäftsbericht ergab dessen Annahme. Das Vertrauen wurde der Exekutive sowie dem Sekretär ausgesprochen. Die Abstimmung über die Stellung zu Gossip hinsichtlich der Verstoßes gegen die Wiener Beschlüsse namentlich abgukommen, wird nach längerer Diskussion angenommen. Die Abstimmung ergibt, daß das Vergehen beurteilt 39 Stimmen, für das Vorgehen 18 Stimmen und 6 Stimmentzel waren undeutlich. Die Anträge der englischen Holzarbeiter und Tapezierer sowie der vom Schweizerischen Holzarbeiterverband, daß Sorge getragen werden soll, alle Holzarbeiterverbände, die die Satzungen anerkennen, der U. G. zuzuführen, wenn die notwendigen Bedingungen erfüllt sind, werden einstimmig angenommen. Der Antrag auf Verschmelzung der beiden Internationalen der Bau- und Holzarbeiter zu einer Internationalen ist durch Umfrage in verneinendem Sinne entschieden. Der Antrag der Schweizer, sich mit den Bauarbeitern zu verschmelzen, kann nur Gegenstand von Verhandlungen nach Lage der Landesverhältnisse in den einzelnen Verbänden sein. Die engere Fühlungnahme der Bau- und Holzarbeiter-Internationale wird dem gegebenen Falle vor sich gehen.

Zu Mitgliedern des Exekutivkomitees wurden gewählt: Tarnow-Deutschland, Hauwaert-Belgien, Wottoncroft-England, als Stellvertreter Groß-Oester-

Unser gemeinsamer Ausflug.

Wilhelmshöfen.

Zu einem seltenen Erlebnis für die Beteiligten wurde der gemeinsame Ausflug am Sonntag, den 19. Juli d. J., der Verwaltungsstellen Wilhelmshöfen, Barel, Oldenburg und Delmenhorst nach dem Barel-Busch zur deutschen Eide.

Heißt war das ein Leben und Treiben. Das schöne Sommerwetter und die gute Beteiligung begünstigten die Stimmung. Zu den Nachmittagsstunden konnte man etwa 200 Teilnehmer zählen, groß und klein, alt und jung, männlich und weiblich. Die Delmenhorster Kolleginnen und Kollegen waren mit einem Auto nach Barel gekommen. Wie sie erzählten, kam ihnen die Fahrt nicht teurer als mit der Bahn. Sie brachten zur allgemeinen Freude einige Musikinstrumente mit, welche im Laufe des Tages gutspielige Konzerte zum Vortrag brachten und dafür dankbare Zuhörer fanden. Die Wilhelmshöfener und Oldenburger waren mit der Bahn eingetroffen, sie wurden von einigen Barel-Kollegen am Bahnhof in Empfang genommen.

Ein gemütlicher Spaziergang führte die Teilnehmer durch das Industriefeldchen Barel mit einseitigen von Fabrikgebäuden und Geschäftshäusern bestandenen Straßen und durch die im Gegenlicht zu diesen stehenden farbenprächtigen und rühmlichen Gartenstraßen. Bei dem Passieren der „Windallee“ mit ihren zu beiden Seiten liegenden vornehmen und kleineren Gartenhäusern und den großen, gutgepfleg-

ten Gärten, entrang sich manchem Vorübergehenden der Seufzer, „hier möchte ich wohl wohnen“.

Die Barel sind überhaupt zu beneiden, denn gleichsam vor den Toren der Stadt liegt der „Barel-Busch“, ein herrlicher Landweg mit schattigen Wegen. Die schlanken Buchen und die thurigen Eichen ließen keinen Sonnenstrahl durch ihr dichtes Laubdach hindurch. Bei der drückenden Hitze war es geradezu eine Wohltat in diesem kühlen Schatten zu wandern. Bald war das Ziel erreicht. In dem großen Garten des Gasthoses „Zur deutschen Eide“ (nebenbei bemerkt, zurzeit das einzige Lokal, welches der Barel-Arbeiterschaft zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung steht), wurde eine schattige Ecke ausgesucht. An vier langen Tischreihen sammelten sich so nach und nach sämtliche Teilnehmer. Die Barel-Kollegen mit ihren Angehörigen kamen in den Nachmittagsstunden.

Als Kollege Janßen in einer kurzen Ansprache die Anwesenden begrüßte und aufgefordert hatte, nunmehr in froher Geselligkeit bei Spiel und Tanz sich zu einer Gemeinschaft gleichgestimmter Menschen zusammenzufinden, setzte ein fröhliches Leben und Treiben ein. Wettkauf und Spiele für die Kinder, Kugelwerfen für Männer und Frauen, Sacklaufen, Eierlaufen, Topfschlagen und sonst noch allerlei Kurzsaat das Langweilige schwingen. Kleine und große Kinder konnten sich auf dem Karussell und der Schaukel vergnügen. Hier konnte jeder nach seiner Passion

Für die Durchführung der Spiele sorgten die Kollegen Freiendörfer, Doden und Mag, gleichwohl belohnten sie die Teilnehmer mit kleinen Geschenken für ihre Bemühungen. Die Kinder betamen Fädeln und Schlichtigkeiten. Die Frauen erhielten ebenfalls was zum Schmeckern. Die Männer wurden mit Likörchen bedacht, leichten und schweren. Und die Teilnehmer bei den Spielen und Wettkämpfen wurden besonders ausgezeichnet. Sie erhielten „wertvolle Geschenke“, d. h. nacher stellte es sich heraus, daß die Scherzartikel waren. Zur allgemeinen Erheiterung betrachtete der beste Käufer seine wundervolle Spielrennspiße (abgeschliffene Spitze von einer Zigarette) und die glückliche Gewinnerin einer Schachtel Bonbons, eine Delmenhorster Kollegin, bei jedem Applaus hatte, eine Kostprobe an (kleine Kartoffeln). Es würde zu weit führen, alles aufzuführen. Dem Festkomitee darf ich wohl im Namen aller Teilnehmer den besten Dank für alle Bemühungen aussprechen.

Während des Nachmittags hatten die Teilnehmer eine gemeinsame Sitzung. In der Aussprache wurde der Wert der Zusammenkunft in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht anerkannt. Es wurde beschlossen, im nächsten Jahre wieder solchen gemeinsamen Ausflug zu veranstalten, und zwar am selben Jahreszeit nach dem „Faisbruch“.

Dieser Beschluß der Vorstände wurde von den Festteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen und hoffentlich ist im nächsten Jahre die Beteiligung

reich, Chiron-Frankreich, Gossy-England, Woudeberg als Sekretär.

Das Sekretat von Tarnow-Deutschland: Aufgaben und Organisationsform der internationalen Gewerkschaftsbewegung lag gedruckt vor. Nach einigen Ergänzungen von Tarnow wurde beschlossen, folgende Grundzüge aufzustellen und den Verbänden zum eingehenden Studium im Zusammenhang mit dem Sekretat zu empfehlen. Ferner soll das Exekutivkomitee hierfür Vorbereitungen treffen für den nächsten Kongress.

1. Die nach der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation zweckmäßigste Form der gewerkschaftlichen Organisation ist die der national abgegrenzten, zentralen Berufs- oder Industrieverbände, des Zusammenschlusses dieser Verbände zu einer gewerkschaftlichen Landeszentrale und des Zusammenschlusses der Landeszentralen zum Internationalen Gewerkschaftsbund.

2. Neben der regionalen Zusammenfassung der Gewerkschaften nach Ländern und zu einer internationalen Einheit, ist die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften des gleichen Berufs oder der gleichen Industrie nicht minder notwendig.

3. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist die natürliche Spitze der regional gegliederten Gewerkschaftsbewegung und kann sich nur aufbauen auf den Landeszentralen. Er umfaßt gleichwohl die beruflichen Gliederungen, da die einzelnen Berufs- und Industrieverbände von den Landeszentralen erfährt werden.

4. Das Tätigkeitsfeld der Internationalen Berufssekretariate ist beschränkt auf die speziellen Angelegenheiten des betr. Berufs und hat da seine Grenze, wo die allgemeinen Gewerkschaftsfragen beginnen, die national in die Kompetenz der Landeszentralen, international in die des Internationalen Gewerkschaftsbundes fallen. Für allgemeine gewerkschaftliche Fragen sind die Berufsinternationalen nicht selbständig, sondern dem Internationalen Gewerkschaftsbund nachgeordnet, nicht beschließende, sondern ausführende Organe.

5. Es ist weder erforderlich noch zweckmäßig, daß die Berufsinternationalen eine direkte Vertretung im Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes besitzen. Für die Mitwirkung bei der Behandlung allgemeiner Gewerkschaftsinteressen durch den Internationalen Gewerkschaftsbund hat jede einzelne Gewerkschaft die Vertretung durch ihre Landeszentrale. Ein doppeltes Vertretersystem widerspricht den Grundgedanken jeder vernünftigen Organisation.

6. Der Wiener Beschluß wird wieder aufgehoben und das Statut des Internationalen Gewerkschaftsbundes dahingehend geändert, daß seine beschließenden Instanzen nur durch die Landeszentralen zu bilden sind.

Am Schluß gab ein amerikanischer Vertreter der Holzarbeiter einiges über Löhne und Arbeitszeit (44 Stunden) bekannt, mit der Zusage, daß auch sie bestrebt sein werden wieder zu kommen, um ebenfalls mit der Internationale der Holzarbeiter vereinigt zu marschieren.

Der nächste Kongressort soll Prag sein.

Soll der Gewerkschafter sparen und wo soll er sparen?

Affenthalten im Lande macht sich eine lebhaft propagandistische, insbesondere der kommunalen und privaten Spartassen zur Wiederbelebung des Spar-

betriebs bemerkbar. Anscheinend ist es der rührigen Werbetätigkeit gelungen, auch wieder eine größere Anzahl von Sparern zu gewinnen. Angesichts dieser Sachlage erhebt sich für den Gewerkschafter die Frage, ob und wo er sparen soll. Es ist allgemein bekannt, in wie erheblichem Maße vor dem Kriege Spargelder als Kapital der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestanden haben. Man darf die Summe der Spareinlagen, die zweifellos zum allergrößten Teil auf Beiträgen der Arbeitnehmer beruhten, auf etwa 20 Milliarden Mark veranschlagen. Das ist eine auch für damalige Verhältnisse ganz bedeutende Summe, die zeigt, welche Macht auch im kapitalistischen Sinne der geschlossenen Arbeitnehmerschaft innewohnt.

Wir sind heute die Lohn- und Gehaltsverhältnisse in der weitaus größten Mehrzahl der Fälle nicht so, daß es leicht wäre, noch Ersparnisse zu machen. Und doch wird jeder vorzügliche Arbeitnehmer daran denken müssen, irgendwie für besondere Ausgaben und darüber hinaus nach Möglichkeit für

des Sparverkehrs erörtert, nämlich der Einzelsparverkehr unmittelbar mit der Bank, dann der Einzelsparverkehr durch Vermittlung von Vertrauensleuten des A.G.B. bzw. der Gewerkschaften und endlich der Sparmarktenverkehr. Die Vorstände der Verbände haben es übernommen, diese Vorschläge genau durchzuprüfen und sich in Kürze darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Form für den Bereich ihres Verbandes die Arbeit praktisch aufgenommen werden kann.

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern, sich dieser Frage recht nachdrücklich annehmen zu wollen und dafür zu sorgen, daß im weitesten Umfange die Verbände ihre Mitwirkung der Einrichtung dieses Sparverkehrs sichern, damit eine weitere Grundlage für die Zusammenfassung der starken wirtschaftlichen Kräfte der Arbeitnehmerschaft geschaffen wird. Wir alle müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß unser Geld nur unserer Bank zur Verfügung gestellt werden kann, die die Gewähr dafür gibt, daß es auch im Sinne unserer Ziele Verwendung findet.

Leidet die Landwirtschaft Not?

Nein, sagt die Wissenschaft!

Denn vor dem Kriege konnte der Landwirt für 2300 Zentner Getreide nur einen Motorpflug kaufen.

Jetzt kann er für die gleiche Menge Getreide zwei Motorpflüge kaufen!

Vor dem Kriege konnte der Landwirt mit einem Zentner Getreide nur 4 Kilogramm der vier wichtigsten Düngemittel kaufen.

Jetzt kann er mit dem gleichen Zentner Getreide 6 Kilogramm kaufen!

Die Zeit der nicht mehr vorhandenen oder doch geminderten Arbeitsfähigkeit einen Notpfennig zurückzugeben. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind auch bereits wieder dazu übergegangen, zu sparen. Wenn wir uns aber vor Augen halten, welchen relativ bedeutungsvollen Faktor die Spargelder der Arbeitnehmerschaft für das deutsche Wirtschaftsleben spielen können, so ergibt sich für uns automatisch die Folgerung, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß diese Spargelder auch an solchen Stellen eingesetzt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß ihre Verwendung in einem Sinne erfolgt, die den Interessen der Arbeitnehmerschaft entspricht.

Wir sind heute so weit, daß wir ein eigenes leistungsfähiges Finanzinstitut in der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. zur Verfügung haben. Freilich mangelt es unserer Bank noch an einem weit ausgedehnten Filialnetz, das sicherlich für alle unsere Bestrebungen, insbesondere auch für die Spartätigkeit sehr wünschenswert wäre.

Indessen hat die Bank es sich angelegen sein lassen, einen Plan aufzustellen, wie auch bereits jetzt, ehe noch das Filialnetz ausgebaut ist, ein Sparverehr über das ganze Reichsgebiet aufgebaut werden kann. Genaue Vorschläge darüber sind dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und durch seine Vermittlung den Vorständen der einzelnen Verbände zugestellt worden. Darin sind insbesondere drei Arten

des Sparverkehrs erörtert, nämlich der Einzelsparverkehr unmittelbar mit der Bank, dann der Einzelsparverkehr durch Vermittlung von Vertrauensleuten des A.G.B. bzw. der Gewerkschaften und endlich der Sparmarktenverkehr. Die Vorstände der Verbände haben es übernommen, diese Vorschläge genau durchzuprüfen und sich in Kürze darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Form für den Bereich ihres Verbandes die Arbeit praktisch aufgenommen werden kann.

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern, sich dieser Frage recht nachdrücklich annehmen zu wollen und dafür zu sorgen, daß im weitesten Umfange die Verbände ihre Mitwirkung der Einrichtung dieses Sparverkehrs sichern, damit eine weitere Grundlage für die Zusammenfassung der starken wirtschaftlichen Kräfte der Arbeitnehmerschaft geschaffen wird. Wir alle müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß unser Geld nur unserer Bank zur Verfügung gestellt werden kann, die die Gewähr dafür gibt, daß es auch im Sinne unserer Ziele Verwendung findet.

Gegen die Mietssteigerung.

Eine Warnung der Gewerkschaften in letzter Stunde. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Beamtenbund haben zusammen mit dem Reichsbund deutscher Mieter der Reichsregierung und dem Reichstag folgende Eingabe unterbreitet:

„Die unterzeichneten Organisationen, deren Mitglieder mit ihren Familienangehörigen die Hälfte des deutschen Volkes repräsentieren, warnen den Reichstag und die Reichsregierung in letzter Stunde nochmals eindringlich vor der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung. Sie sind nach wie vor der Auffassung, daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß und daß aus dem Wohnungswesen nur Mittel für den Wohnungsneubau, für die Erhaltung der Altwohnungen und für Mietbeihilfen für zahlungsunfähige und zahlungsunfähige Mieter herausgezogen werden dürfen.

Einer Steigerung der Hausrenten müßten die unterzeichneten Organisationen entsehlen widersprechen, weil die zu einem solchen Zweck eintretende Steigerung der Miete die Kaufkraft mindert, weite Kreise der Bevölkerung in immer größere Not hineinführen und die deutsche Wirtschaft unproduktiv belastet würde. Jede weitere Mietssteigerung führt zu weiteren Preissteigerungen, sowie zu Wirtschaftskrisen und Lohnkämpfen und damit zur Vinderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die unbedingt erforderliche energische Steigerung der Neubautätigkeit kann bei der herrschenden Kapitalknappheit nur auf dem Wege der Bereitstellung hinreichender Mittel aus der Hauszinssteuer herbeigeführt werden. Dieser Weg wird um so sicherer zum Ziele führen, je weniger das Wohnungswesen zu allgemeinen fiskalischen Zwecken bestraft wird.“

Schließlich fordern die genannten Organisationen, daß der Wertanteil am Haus- und Grundbesitz, der durch den Wegfall des größten Teils der Hypothekentlasten frei geworden ist, im Wege der Belastung der Grundstücke mit Staatshypotheken für die Allgemeinheit sichergestellt wird.

Ein neues Kulturwert.

Von Felix Fesenbach.

Der gewerkschaftliche und politische Kampf der Schaffenden ist nicht Selbstzweck. Er ist nur Mittel zur kulturellen Höherführung der arbeitenden Schichten und damit zur Entwicklung einer hohen, wahren Menschheitskultur. Einer der bedeutendsten Hebel zum Vorwärts und Aufwärts auf diesem Wege ist das gute Buch, aus dem wir, um mit Anatole France zu sprechen, erkennen, daß die Größe und Schönheit des Menschengeistes darin besteht, ohne Ermüdung, ohne Unterlaß, mitten unter Mühsalen und Gefahren stets die Wahrheit zu suchen, die vor ihm immer wieder zu entspringen scheint. Eine Organisation, die es den arbeitenden Menschen ermöglicht, für wenig

Geld sich gute Bücher zu erwerben, ist deshalb ein Kulturwert von größter Bedeutung. Eine solche Organisation ist der „Bücherkreis“. Gegen 1 Mk. Monatsbeitrag (zur Zahlungserleichterung werden Marken zu 50 Pf. ausgeben) erhält jedes Mitglied jährlich vier hochwertige, gebundene ausgefallene Bücher und monatlich eine reich illustrierte, literarisch-künstlerische Monatschrift. Im stetigen Wachsen ist dieses neue Kulturwert begriffen, und die bisher erschienenen Bücher haben weitere Tausende veranlaßt, sich dem Bücherkreis anzuschließen, der schon zu einer mächtigen Organisation angewachsen ist.

Das neue Buch, das dieser Tage in die Hände der Bücherkreismitglieder gelangte, „Die Geschichte einer armen Johanna“ von Paul Jech, hat einen Mann zum Verfasser, der das Elend des Proletariats aus eigenem Erleben kennt, den es selbst von Fabrikland zu Fabrikland getrieben, der in tiefen Schächten, in dröhnenden Maschinenhallen gearbeitet hat. Der euer Leben, Männer und Frauen der Arbeit, mitleidet.

„Die Geschichte einer armen Johanna“ ist ein Buch, aus dem eine seltene Gestaltkraft spricht, das alltägliches Geschehen in neue Formen gießt, eines von den wenigen Büchern, die den Leser im tiefsten packen und ihn nicht loslassen, bis er die letzte Zeile in sich aufgenommen. Das Schicksal einer armen Mäherin zieht an uns vorüber. Von einer Dachstube aus, fünf Treppen hoch, mit Blick über rauchende Dächer, Türme und Fabriken geht sie ihren Weg hinein in das Gewoge der Stadt. Mit liebe-

voller Zartheit, mit tief menschlichem Verstehen ist alles lebensvoll geschildert. Wie die arme Johanna aus Unbewußtem heraus nach Todendem greift, wie Lebens- und Erlebnissehnsucht ihren Weg bestimmt, wie aus einem alltäglichen Ereignis ihr Schicksal geboren wird. Ihren Weg zur Freude und Luft erleben wir und schauen die tiefsten Tiefen ihrer Seele. Und dann beginnt ihr Lebensweg mit einer zerbrochenen, geschändeten Mutterschaft. Aus der glänzenden Wohnung steigt die arme Johanna wieder hinauf in ihr Dachstübchen im fünften Stock. Viele ihrer alten Kunden, die ihr sonst Nahrung gegeben, weisen sie jetzt schroff ab. „Sie glauben, einem Mädchen, das sich ohne Segensspruch des Pfarrers den Männern los hingegeben hatte, wie es nur Ehefrauen von Gelo und Gottes wegen erlaubt war, feinerlei Arbeit mehr anvertrauen zu können.“ Noch einmal bot ein Mann ihr sein Herz an. Um ihr eine Freude machen zu können, wurde er zum Dieb, kam ins Gefängnis. Und Johannes Schicksal baßt sich zu herbem Leid und erfüllt sich in Einsamkeit oben in der Dachstube im fünften Stock, von wo sie einst hinabgestiegen war in das Gewoge der Stadt, zu Freude und Lust.

Wollt ihr dies Buch lesen und besitzen? — Es gibt einen einfachen Weg zu diesem Ziel. Werdet Mitglieder im Bücherkreis! Wendet euch wegen Aufnahme an die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, oder an die örtliche Geschäftsstelle.

Nacht- oder Tagarbeit im Bäckergewerbe?

III. Die 7. Internationale Arbeitskonferenz hat mit 81 gegen 26 Stimmen die Konvention über die Arbeit in den Bäckereien angenommen. Mit der Annahme der Konvention hat eine wichtige Episode in dem Kampfe der Bäckerarbeiter gegen die furchtbare Nachtarbeit ihren Abschluß gefunden.

Die in Genf beschlossene Konvention geht jetzt an die Regierungen aller Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossen sind. Diese haben sich über die Ratifizierung ausgesprochen. Der Kampf der Bäckerarbeiter wird in Zukunft darauf gerichtet sein müssen, alle Kräfte zu mobilisieren, die für die Erwirkung der Ratifizierung in Betracht kommen. Wir sind davon überzeugt, daß noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden sind, aber trotzdem darf erklärt werden, daß das Urteil über die Nachtarbeit gesprochen ist. Die Abstimmung in Genf zeigte, daß der fortschrittlich gesinnte Teil der Menschheit von der Nachtarbeit im Bäckergewerbe nichts mehr wissen will. Nur die ausgesprochenen Reaktionäre wägen es, gegen die Konvention zu stimmen.

Der in Genf zum Austrag gekommene Kampf war in verschiedener Hinsicht interessant und lehrreich. Gegenüber standen sich zwei Gegner, die über die Bedingungen des Kampfes Bescheid wußten. Die Arbeiterbewegung war dabei infolgedessen im Nachteil, als keine Regierung einen Verbesserungsantrag gestellt hätte. Sie mußte sich gegen die Verschlechterungsanträge der Regierungen wehren. Die Arbeitgeber nützten diese Gelegenheit gründlich aus. Der von ihnen geführte Kampf darf in allen Phasen als gut bezeichnet werden. Geschwächt wurde die Position der Unternehmer eigentlich nur dadurch, daß in der ersten Linie Advokaten und Unternehmenssekretäre kämpften. Die Arbeitergruppe stellte hier Fachleute. Die sachlichen Darlegungen der Fachleute gaben zum Schluß den Ausschlag.

Das Vorgehen der Gegner der Tagarbeit war in Genf äußerst geschickt gewählt. Im Vorjahre wandten sich die Gegner gegen das Verbot der Nachtarbeit überhaupt. Diesmal trat das Prinzip noch in den Hintergrund. Dafür waren die Verbesserungsanträge so formuliert, daß die Annahme eines einzigen die ganze Konvention zum Scheitern gebracht hätte.

Verlangt wurde: 1. Die Zulassung der Nachtarbeit für den Meißler, 2. Die Einführung der dritten Schicht für die Großbetriebe und 3. die Verlegung des Beginns der Arbeit auf 4 Uhr morgens.

Die Zulassung der Nachtarbeit für den Meißler hätte jede Kontrolle über die Durchführung der Konvention zur Unmöglichkeit gemacht. Mit der Einführung der dritten Schicht wäre einem Teil der Bäckereien die Nachtarbeit erlaubt gewesen, dem anderen dagegen nicht. Der Zustand wäre auf die Dauer unhaltbar gewesen. Schließlich war es der Konkurrenzkampf der Unternehmer, der zu der Nachtarbeit im Bäckergewerbe führte. Er hätte auch diesmal die Nachtarbeit auf der ganzen Linie wieder gebracht.

Die 7. Internationale Arbeitskonferenz lehnte mit 76 gegen 36 Stimmen die Zulassung der Nachtarbeit für den Meißler ab. Die Forderung, Zulassung der dritten Schicht, erfuhr bei den Kommissionsberatungen bereits eine so deutliche Abfuhr, daß die Unternehmer den Versuch nicht mehr wagten, die Meinung der Konferenz zu erfahren.

Das Hauptgewicht des Kampfes legten die Gegner auf die Bewältigung des Vieruhrbeginns. Hier waren die Aussichten für sie am günstigsten. Das schöne warme Frühlingsgebäude, das nach der Darstellung der Advokaten nur dann rechtzeitig geleistet werden kann, wenn der Beginn der Arbeit auf 4 Uhr angelegt wird, verschlechte auch in Genf seine Wirkung nicht. Die sachlichen Ausführungen der Arbeitervertreter brachten zum Schluß auch diese Forderung zu Fall. Mit 55 gegen 43 Stimmen lehnte die Konferenz den Vieruhrbeginn in der von den Gegnern gewählten Formulierung ab.

Das Endresultat, 81 gegen 26 Stimmen, bestätigt erneut die Berechtigung der Forderung der Bäckerarbeiter. Es stellt gleichzeitig an die gesamte Arbeiterbewegung die dringende Pflicht, in der gleichen Geschlossenheit Schulter an Schulter mit den Bäckerarbeitern bis zur Verwirklichung des endgültigen Sieges auszuhalten.

Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung im deutschen Reich am 16. Juni 1925.

Die ortsanwesende Bevölkerung wurde auf 62,5 Millionen festgestellt, d. h. ohne das Saargebiet, mit dem Saargebiet sind es 63 1/2 Millionen. Bei Ausbruch des Weltkrieges hatte das Deutsche Reich 68 Millionen Einwohner. Nach Geschlechtern wurden am 16. Juni gezählt 30 169 973 männliche und 32 304 899 weibliche Personen. In den letzten sechs Jahren hat die Bevölkerung sich um 3,3 Millionen vermehrt. An der Spitze der

großen Städte steht Berlin mit 3 068 388 Einwohnern. Dann folgt Hamburg mit 1 059 558, Köln mit 890 114, München mit 671 548, Leipzig mit 660 140, Dresden mit 608 025, Breslau mit 551 200, Essen mit 462 428, Frankfurt a. M. mit 457 831, Düsseldorf mit 429 516, Hannover mit 414 392, Nürnberg mit 384 272, Stuttgart mit 337 199 usw. Insgesamt hat das Reich 46 Städte mit über 100 000 Einwohnern.

Akademie der Arbeit.

Der vierte Lehrgang der Akademie der Arbeit ist nach neunmonatiger Dauer am 27. Juni d. J. zu Ende gegangen. Er war von 53 Hörern — 48 Männern und 5 Frauen — aus ganz Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Übungen und Arbeitsgemeinschaften umfassen insgesamt 868 Stunden; davon entfielen auf allgemeine und Einführungsvorlesungen 120, auf Vorlesungen über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschafts-

Eine Milliarde Goldmark und mehr noch

soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelpreisen zufließen! 150 Goldmark und mehr noch soll jeder Familienvater opfern! Um 10 Prozent und mehr noch soll sein Reallohn sinken!

politisch 181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Exkursionen und von Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und Anstalten.

Der fünfte Lehrgang wird am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni dauern. Die Hörergebühr beträgt 100 RM. Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis 1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M., Zimmer 68, zu richten.

Berichtigung.

In dem Aufsatz in Nr. 31 „Zum Stuttgarter Tapeziererstreit“ ist ein Fehler enthalten. Es muß in der obersten Zeile der 3. Spalte heißen: eine Erhöhung von 78 auf 86 Pfennig (nicht 84) wie fälschlich dort steht.

Rundschau.

Ademische Ehrung eines Gewerkschaftsführers. Aus Anlaß der Jahrestagung der Rheinlande hat die Philosophische und Juristische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn unseren Bezirkssekretär für Rheinland-Westfalen, Heinrich Meyer in Düsseldorf, weil er in schweren Zeiten seine Kräfte im Entschlossenheit für das Wohl der Arbeiterschaft, im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk, eingesetzt hat, die Würde und Rechte eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verliehen. Wir beglückwünschen unseren Genossen Meyer zu dieser Ehrung, in der wir zugleich eine Anerkennung der großen Verdienste der Gewerkschaften erblicken.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen erbeten, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Sattler der Orthopädischen Werke in Königsberg, Allenstein, Elbing und Insterburg stehen im Streik.

In Brandenburg sind infolge der Aussperrung bei Reichstein 180 Kollegen und in Wismar ist ebenfalls eine Anzahl Kollegen durch den Konflikt in der Metallindustrie betroffen.

Hamburg. Streik der Wagenstatter beendet. Die Tapezierer in Halle a. d. S. stehen im Lohn- und Tarifstreik.

Zuzug von den Streikorten fernzuhalten.

Sterbefälle.

Berlin. Am 7. Juli starb im Alter von 53 Jahren Alfred Kaiser, Sattler. Am 16. Juli starb im Alter von 20 Jahren der Tischner Wilhelm Ruch. — Im Alter von 54 Jahren starb am 22. Juli unser Mitglied, der Sattler Georg Salzmann, an Hirn Schlag.
Bauhen. Am 15. Juli starb unser Kollege, der Sattler Ernst Sauer im Alter von 40 Jahren infolge einer schweren Krankheit. Ehre ihrem Andenken!

Verbandsnachrichten.

(Belannnahmen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 3. bis 9. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

Achtstundensmarke!

Einige Ortsverwaltungen machen uns die Mitteilung, daß den Kassierern und Beiräten erheblichen Schwierigkeiten gemacht werden bei dem Vertrieb der Achtstundensmarke, welche die Mittel bringen soll, einen Volksentscheid herbeizuführen. Wir machen darauf aufmerksam, daß nach § 6 Absatz 4 diese Marke eine „Pflichtmarke“ ist, und jedes Mitglied diese Marke ebenso entnehmen und bezahlen muß, wie die ordentlichen Wochenbeiträge. Mitgliedsarten, welche die Achtstundensmarke nicht enthalten, sind vom Umtausch ausgeschlossen und darf auch eine Unterstützungsgleichviel welche, nicht ausbezahlt werden, bevor die Achtstundensmarke gelebt ist.

Der Verbandsvorstand.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Lederfabrikenindustrie hat am 1. Juli 1925 den Reichstahl für die Lederfabrikenindustrie zum 30. September 1925 gekündigt. Zugleich ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages kundgegeben.

Berlin. Der Kollege Max Jacher, Tischner, konnte am 9. Juni auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken.

Wilhelm Giese 75 Jahre alt! Ein alter Kämpfer der deutschen Sattlerbewegung ist am 30. Juli 75 Jahre alt geworden. Wilhelm Giese war es, der am 1. April 1887 noch unter dem Sozialistengesetz die „Allgemeine Deutsche Sattlerzeitung“ schuf. Das war für die damaligen Verhältnisse eine Leistung, die wir in heutiger Zeit in ihrer vollen Bedeutung kaum noch voll zu würdigen wissen. Summa unsere jüngere Generation kann sich kaum einen Begriff von den Schwierigkeiten machen, die von den Alten Kämpfern überwunden werden mußten. Es war damals nur möglich, mit Unterstützung der Mitglieder der Krankenkassen den Organisationsgedanken zum Leben anzufachen. Wir begrüßen den Kollegen Wilhelm Giese zu seinem 75. Geburtstag mit das herzlichste. Sein Eintreten für die Organisation der Sattler in schwerer Zeit und seine jahrzehntelange Tätigkeit für die Krankenkasse wird unvergessen bleiben.

Anlässlich meines 75. Geburtstages hat mir von alten lieben Kollegen so zahlreiche Glückwünsche zugekommen, daß ich allen auf diesem Wege herzlich danke.

Berlin, den 30. Juli 1925. Wilhelm Giese.

Adressenveränderungen.

Schneidmühl. Kass.: Max Käbing, Milchstr. 2 Neuköln 1. Meckl. Vorf.: Hans Labber, Brauerstr. 9. Kass.: Karl Specht, Brauerstr. 9, Lehmwaffer bei Charlottenbrunn. Kass.: Emil Schmidt, Nr. 46.
Allenstein. Vorf.: Paul Baginski, Tannenbergsstraße 14.
Solingen. Kass.: Georg Westenberg, Hölzchen, Weigerstr. 30a.
Jels. Vorf.: Emil Lenz, Raumburger Str. 18 III, Jülichau. Vorf.: Fritz Goldhahn, Feodorstr. 7 II c, Teinelsfeld, Bez. Erfurt, August Hillebrecht, Dorfstraße 113.
Braunschweig. Alle Zuschriften sind zu richten an Franz Hein, Kaiserstr. 35 II.

Veranstaltungskalender.

Taubstimmensession. Freitag, den 14. August, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2: Versammlung. Die Betriebsräte und Vertrauensmänner müssen die taubstimmigen Kolleginnen und Kollegen auf diese Veranstaltung aufmerksam machen.

Hamburg.

Große Sommerausfahrt nach Finkenwerder Sonntag, den 16. August 1925, nach dem herrlich an der See gelegenen Lokal „Finkenwerder Hof“, Wellness, im Anbindestort, Dafenst Garten-Ansicht, Preisbestätigung für Damen und Herren, Anberbelegung und Tanz. Abfahrt mittags 12 Uhr mit Ertrahampfer der G.D.H.G. von dem St. Pauli-Landungsbrücken, Brücke 6. Preis der Karte einschließlich Fahrpreis 1.50. Schlußzeit 4 Stunden frei. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Festkomitee.